

HESSEN



**#HESSENGEGENHETZE**

Aktionsprogramm gegen  
Rechtsextremismus, Gewalt und  
Hate Speech

## #Präambel

Der mutmaßlich rechtsextremistisch motivierte Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke, der rassistische Mordversuch von Wächtersbach und der gewaltsame Tod eines kleinen Jungen in Frankfurt sowie die Reaktionen darauf im Internet haben uns mit Abscheu, Entsetzen und Trauer erfüllt. Unsere Anteilnahme, unser Mitgefühl und unsere Unterstützung sind bei den Hinterbliebenen.

Das Maß an Unmenschlichkeit, Gewalt und Hass, das in diesen Taten zum Ausdruck kam, macht uns zunächst sprachlos. Es darf aber nicht bei dieser Sprachlosigkeit bleiben. Diese Taten und die Reaktionen darauf bedürfen einer klaren Antwort. Einer klaren Antwort der Politik, die Anstrengungen gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Hass weiter auszubauen. Und einer klaren Antwort der Gesellschaft, dass wir alle der Verhetzung des gesellschaftlichen Klimas, der Verrohung der Debattenkultur und Hate Speech im Netz sowie im direkten Gespräch entschieden entgegenzutreten. Die genannten Taten müssen ebenso wie der wieder zunehmende Antisemitismus ein Einschnitt sein und ein Umdenken auslösen. Denn aus extremistischen Gedanken werden extremistische Worte. Aus extremistischen Worten können Taten werden. Es darf kein Wegsehen und kein Weghören geben. Es ist das Ziel der Landesregierung, jegliche Form der Gewalt, auch in Worten, zur Durchsetzung politischer Ziele zu verurteilen und konsequent zu ahnden. Hessen sagt Nein zu Hetze.

Hasskommentare in den sozialen Medien – so genannte Hate Speech – machen besonders greifbar und erkennbar, in welcher Art Sprache verroht und Sitten verkommen. Das gilt leider nicht nur für das Netz. Hate Speech zeigt exemplarisch, welche Mechanismen nicht mehr funktionieren, zeigt, wie schnell die politische Debatte entgleist und wie sehr Demokratie dadurch in Gefahr gerät. Sie ist Sinnbild für politischen Extremismus. Aus den abstoßenden Kommentaren nach dem Mord an Dr. Lübcke, dem Mordversuch in Wächtersbach und den irrwitzigen Anschuldigungen nach dem gewaltsamen Tod des kleinen Jungen in Frankfurt spricht eine unmenschliche, Gewalt tolerierende oder gar fordernde, rechtsextremistische Haltung. Bei solchen Kommentaren geht es ausdrücklich nicht um das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Grundrecht werden wir immer verteidigen – auch und gerade gegen die Feinde von Freiheit und Demokratie. Bei diesen Kommentaren geht es darum, anderen die Würde, die Menschlichkeit und das Recht auf körperliche Unversehrtheit abzusprechen. Dieser Form von Hate Speech und den dahinterstehenden Einstellungen wollen und müssen wir entschieden entgegenzutreten.



## #Ziele des Aktionsprogramms

Im Koalitionsvertrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen wird aufgezeigt, dass jeglicher Extremismus verurteilt und bekämpft wird. Es wird deutlich gemacht, dass die Koalitionspartner *„auf die Stärke der Gesellschaft und der Demokratie statt auf starke Sprüche setzen“* und *„Hate Speech konsequent entgegenreten, die Arbeit des Demokratiezentriums stärken und ein Netzwerk Prävention schaffen“*. Auch soll der Landespräventionsrat mit seinen entsprechenden Facharbeitsgruppen gestärkt werden.

Diese Ziele vorangestellt wird sich die Landesregierung angesichts der aktuellen Geschehnisse und der aktuellen politischen Debatte vordringlich der Bekämpfung des Rechtsextremismus, von Gewalt und Hate Speech stellen und zu einem gesellschaftlichen Bündnis einladen, das verdeutlicht, welche gesellschaftlichen und politischen Werte unser Land tragen und das wir diese gemeinsam gegen alle Anfeindungen verteidigen.

**Ziele der Landesregierung** sind,

- ✓ **ein gesellschaftliches Bündnis** für die Ächtung von Hetze im und außerhalb des Netzes zu schaffen. Wir wollen alle gesellschaftlichen Akteure einbinden, um für Demokratie und Respekt im Umgang miteinander einzutreten.
- ✓ Die **Bekämpfung des Rechtsextremismus** weiter zu verstärken - auch im Internet.
- ✓ effektive Instrumente für die repressive und präventive Arbeit der Sicherheitsbehörden und der Justiz - insbesondere im digitalen Umfeld - zu entwickeln.
- ✓ **zivilgesellschaftliche Akteure, Initiativen und Projekte weiter zu stärken**, die sich gegen Extremismus und für unsere Demokratie engagieren.



# #Handlungsfelder

Um diese Ziele zu erreichen, sehen wir drei Handlungsfelder:

1. die **Bürgerinnen und Bürgern zur Beteiligung einzuladen**, sie zu unterstützen und zu ermutigen für eine funktionierende Demokratie und eine respektvolle politische Debatte einzutreten,
2. die **Möglichkeiten** der staatlichen Stellen, der Sicherheitsbehörden und der Justiz zu verbessern, anzupassen und zu verstärken,
3. die **Präventionsarbeit** weiter an die neuen Phänomene der Social-Media-Ebene anzupassen und die Demokratieförderung und Extremismusprävention weiter auszubauen.

## #Maßnahmen

Zur Ausgestaltung der genannten Handlungsfelder gehören folgende Maßnahmen des Aktionsprogramms „Hessen gegen Hetze“. Neben zahlreichen neuen Projekten laufen viele der Projekte bereits erfolgreich oder sollen ausgebaut werden, andere sind in Planung oder bereits angekündigt.

### Beteiligung

- Die Landesregierung wird zu einer „**Konferenz für Demokratie und Respekt gegen Gewalt und Hass**“ einladen. Ziel ist es, in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis ein gemeinsames Zeichen gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Hate Speech zu setzen.
- **Online-Aktion „Hessen gegen Hetze“** - Zu der Initiative wird über die Landesregierungskanäle aufgerufen und die Nutzung eines gemeinsamen Logos angeboten. Dieser Button macht deutlich, für was die Hessen stehen. Dazu werden Institutionen wie die Feuerwehren oder Rettungsdienste, die kommunalen Spitzenverbände und andere Institutionen angeschrieben und zur Beteiligung aufgefordert.
- Auslobung eines **Dr. Walter-Lübcke-Preises für Demokratie** - Der Walter-Lübcke-Preis hat das Ziel, für Respekt im politischen und öffentlichen Raum zu werben und ganz konkret für den Einsatz zum Wohle des demokratischen Miteinanders Lob und Anerkennung auszusprechen.



- Initiative „**Hessen lebt Respekt**“ wird mit unterschiedlichen Projekten weitergeführt. Das Curriculum der Rechtsstaatsklassen sowohl für das Angebot an Schulen als auch für Geflüchtete wird um das Thema Hate Speech und Antisemitismus ergänzt.
- Angebote und **Wettbewerbe an Hessischen Schulen** gegen Populismus, Rechtsextremismus und Hate Speech.
- Die Arbeit des **Demokratiezentrum Hessen und des „beratungsNetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“** weiter ausbauen.
- Einführung eines **Weiterbildungsmasters „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“** an der Philipps-Universität Marburg.
- Stärkung von **Schule, Jugend- und Sozialarbeit** bei der Vermittlung der Werte unserer Verfassung und der Demokratiebildung von Kindern und Jugendlichen.
- Politische Bildung verstärken.
- **Zusammenarbeit mit gesellschaftlich relevanten Gruppen** (Kirchen, Zentralrat der Juden, Verbände der Muslime).

### **Möglichkeiten staatlicher Stellen, der Sicherheitsbehörden und der Justiz**

Den im September 2019 vorgestellten hessischen Verfassungsschutzbericht mit seinen Erkenntnissen zur weiteren Radikalisierung und Gewaltbereitschaft der rechtsextremistischen Szene in Hessen nehmen wir zum Anlass, die Strategien und Maßnahmen der Sicherheitsbehörden gegen Rechtsextremismus weiter auszubauen und kontinuierlich an die Lage anzupassen.

- Hierzu beauftragt die Landesregierung das **Hessische Extremismus- und Terrorismus-Abwehrzentrum (HETAZ)**. Im HETAZ werden Polizei, Justiz und Verfassungsschutz gemeinsam – unter Wahrung ihrer jeweiligen Zuständigkeiten und verfassungsmäßigen Grenzen – über die Weiterentwicklung der Bekämpfung des Rechtsextremismus beraten und Handlungsempfehlungen erarbeiten.
- Der **Sicherheitsbeirat**, dessen Einberufung bereits im Koalitionsvertrag verankert wurde, wird sich zunächst mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus befassen.



- **Stärkung der existierenden operativen Strukturen der Staatsanwaltschaften mit besonderem Blick auf die Bekämpfung von Hate Speech:** Bedeutende Ermittlungsverfahren wegen Hasskriminalität im Cyberraum sollen landesweit durch die Spezialisten der Hessische Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) bearbeitet werden, die zu diesem Zweck personell und materiell aufgestockt wird.
- Aufbau eines **Meldesystems für Online-Hetze**, in dem die ZIT, in diesem Bereich erfahrene zivilgesellschaftliche Partner, Vertreter von Medienunternehmen, Polizei (Onlinewache), eine beim **Hessischen Cyber Competence Center (H3C)** angesiedelten Task Force, das Demokratiezentrum Hessen, das „beratungsNetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ und andere Partner zusammenarbeiten. Ziel der anzustrebenden Kooperationen ist das schnelle Erfassen von Hate Speech und anderen strafbaren Inhalten, damit die Betroffenen unmittelbar und unkompliziert unterstützt sowie die Strafverfolgungsbehörden besser als bisher in die Lage versetzt werden, beweiserhebliche Daten zu sichern und damit eine effiziente Strafverfolgung in Gang zu setzen.
- In diesem Zusammenhang soll auch das **Prinzip „Verfolgen statt nur Löschen“** umgesetzt und Schnittstellen zu bereits vorhandenen Aktivitäten wie dem **Hessischen Cyber Competence Center (H3C)** oder der **Onlinewache der Polizei** genutzt werden.

**Rechtspolitische Initiativen:** Was in der analogen Welt strafbar ist, muss auch in der digitalen Welt strafbar sein und wirksam verfolgt werden können. Wir werden prüfen, ob und wo Anpassungen der geltenden Rechtslage notwendig sind oder wo und wie die geltende Rechtslage auch in der digitalen Welt besser durchgesetzt werden kann. Dabei gilt für uns der Grundsatz, dass das Fehlverhalten Einzelner nicht zu einer Überwachung aller führen darf. Wir werden weiterhin den Fokus darauf haben, unsere Ermittlungsbehörden in die Lage zu versetzen, digitale Tatorte noch besser auswerten zu können. Unser Ziel muss es sein, die mutmaßlichen Täter schnell und effektiv im Netz identifizieren zu können. Weiterentwicklungen von Eingriffsgrundlagen und Strafvorschriften müssen dabei stets auf ihre Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit geprüft werden.



Bereits heute muss aber attestiert werden, dass einige Straftatbestände und Eingriffsbefugnisse an die Digitale Welt angepasst werden müssen. Die Landesregierung unterstützt deshalb die Arbeiten an der Digitalen Agenda für das Straf- und Strafprozessrecht auf Ebene der Justizministerinnen und Justizminister.

- So soll zum Beispiel der **Straftatbestand der Beleidigung im Internet als Offizialdelikt** ausgestaltet werden. Die Straftaten können bislang nur dann verfolgt werden, wenn eines der Opfer dies ausdrücklich wünscht. Solche Beleidigungen verbreiten sich aber oftmals rasend schnell in den sozialen Medien, ohne dass die Ermittlungsbehörden einschreiten können. Durch die Ausgestaltung als Offizialdelikt könnten die Ermittlungsbehörden selbstständig einschreiten und somit schneller und wirksamer gegen Hass und Hetze im Netz vorgehen.
- **Bekämpfung von Hate Speech ist die Bekämpfung von Straftaten und nicht eine Einschränkung der Meinungsfreiheit.** Maßstab für die Verfolgung von Hate Speech durch staatliche Stellen, Polizei und Justiz kann ausschließlich der Verdacht auf das Vorliegen einer Straftat sein. Unterhalb des Vorliegens einer Straftat liegt es an uns allen eine vernünftige, die Meinung des anderen respektierende Kommunikation zu pflegen und auch ggf. von anderen einzufordern.
- Einrichtung eines **hessischen Opferschutzbeauftragten**, der als Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner für Opfer von schweren Gewalttaten und Terroranschlägen und für diesen nahestehende Personen und Zeugen fungiert. Die oder der Beauftragte soll sowohl vor Ort als Ansprechpartnerin bzw. Ansprechpartner für die Betroffenen im Akutfall als auch generell für Anfragen aus dem Bereich des Opferschutzes sowie als verantwortlicher Repräsentant der Landesregierung in der Öffentlichkeit und den Medien fungieren. Weitere zentrale Aufgabe wird die Netzwerkarbeit mit allen im Zusammenhang mit der Betreuung von Betroffenen eines solchen Ereignisses in Betracht kommenden Stellen auf Bundes- als auch Landesebene sein. Darüber hinaus sollen die zahlreichen hessischen Opferberatungsstellen in das Konzept eingebunden werden, um eine flächendeckende Beratung sicherzustellen.
- Hessen will, dass Extremisten **legal keine Waffen** besitzen dürfen. Dazu setzt sich die Hessische Landesregierung im Bund dafür ein, das **Waffengesetz dahingehend zu ändern**, dass eine Regelabfrage der Waffenbehörden bei den Verfassungsschutzbehörden eingeführt wird. Zugleich soll die waffenrechtliche



Unzuverlässigkeit bereits dann erfüllt sein, wenn eine Person beim Verfassungsschutz als Extremist gespeichert ist.

- **Kooperation** mit benachbarten Bundesländern (Vorbild Extremismus und Terrorismusabwehrzentren).
- Konsequente **Weiterentwicklung der Besonderen Aufbauorganisation Rechtsextremismus.**
- Weiterführung und Stärkung der justiziellen und polizeilichen **Präventions- und Aufklärungsarbeit nach innen und nach außen.**
- **Gefährderansprachen** (sowie so genannte Anklopf-Aktionen).
- Initiative zum **Verbot von „Combat 18“.**

## **Präventiv**

- Fortführung der **Beratungsleistungen von Landesseite.** Dazu gehören Handlungsempfehlungen an die Kommunen zum Umgang mit Rechtsextremismus, Beratungsangebote für Personen, die auf den Listen rechtsextremer Organisationen stehen sowie Medienbildung.
- Bündelung und Ausbau der vorhandenen Aktivitäten zur **Vermittlung von Medienkompetenz** an Schulen unter Einbeziehung aller Akteure.
- Im Schulbereich gehören **Handreichungen und Unterrichtsmaterialien**, die Digitale Helden (Kooperationsprojekt mit den Schulen und Medienanstalten), der Ausbau der Medienkompetenzausbildung zum Programm.
- Landesprogramm **„Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“** wird ausgebaut.
- Zusammenarbeit mit Organisationen im **„beratungsNetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“.**
- Netzwerk **Deradikalisierung im Strafvollzug (NeDiS)** – bundesweit einzigartiges Programm (in Zusammenarbeit mit „Schule des Respekts“ im Strafvollzug).
- Einrichtung einer **Beratungsstelle beim LfV für Bürgerinnen und Bürger.**





- **Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten** ausbauen.
- **Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes:** Vorträge und Fortbildungen für Multiplikatoren.

